

**1**

10. Januar 1995 · 15. Jahrgang, S. 2-18

ISSN 0177 - 1868

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT

GI Leitsätze

Seite 2

Anwaltshaftung

● Pflichtverletzung · Zurechnungszusammenhang · Mitverschulden · Verjährung · Anmerkung
(BGH, Urt.v. 14.7.1994 - IX ZR 204/93)

Seite 3

Treuhänderhaftung

Aufklärungspflicht · Vorzeitiger Baubeginn · Verjährung, §68 StBerG · Schaden
(BGH, Urt.v. 2.3.1994 - VII ZR 14/93)

Seite 10

Steuerberatungshonorar

Unwirksame Pauschalvereinbarung · Zeitgebühr · „dieselbe Angelegenheit“
(OLG Düsseldorf, Urt.v. 20.1.1994 - 13 U 102/93)

Seite 11

Steuerberaterhaftung

Verdeckte Gewinnausschüttung · Buchungsfehler · Verschulden des Mandanten
(OLG Düsseldorf, Urt.v. 2.12.1993 - 13 U 25/93)

Seite 13

Steuerberaterhaftung

Kenntnis der BFH-Rechtsprechung · Kenntnis der FG-Rechtsprechung
(LG Hamburg, Urt.v. 26.5.1993 - 326 O 559/92)

Seite 15

Anwaltshaftung

Hinweispflichten bei Verjährung
(OLG Köln, Urt.v. 29.4.1994 - 19 U 201/93)

Seite 16

Steuerberatungsvertrag

Steuerzahlung durch Steuerberater? · Verantwortungsübernahme durch Angestellten?
(OLG Köln, Urt.v. 1.12.1993 - 11 U 78/93)

Seite 17

Nachbesserungskosten

Nachbesserungsrecht des Steuerberaters
(OLG Frankfurt, Urt.v. 13.10.1993 21 U 145/92)

Seite 17

GI Hinweise

Seite 18

GI Leitsätze

Fristenkontrolle bei Telefaxnutzung

1. Fehlt in der Berufungsschrift die Bezeichnung des Rechtsmittelklägers, so ist dies unschädlich, wenn sich aus dem beigefügten erstinstanzlichen Urteil ergibt, für wen Berufung eingelegt ist.

2. Ein Rechtsanwalt, der sich zur Übermittlung fristwahrender Schriftsätze (hier: Berufungseinlegung) eines Telefaxgeräts bedient, genügt seiner Verpflichtung, für eine wirksame Ausgangskontrolle zu sorgen, nur dann, wenn er die Weisung erteilt, daß Notfristen erst nach Kontrolle des – die Anzahl der übermittelten Seiten anzeigenden – Sendeberichts im Fristkalender gelöscht werden dürfen.

(BGH, Urt. v. 29. 4. 1994 – VZR 62/93 – NJW 1994, 1879)

1. Ein dem Gericht durch Telefax übermittelter Schriftsatz ist, wenn der Ausdruck beim Empfänger nicht durch einen Fehler in der Funktion oder bei der Bedienung des Empfangsgeräts verzögert worden ist, in dem Zeitpunkt eingegangen, in dem er vom Empfangsgerät ausgedruckt worden ist. Soll mit dem Schriftsatz eine Frist gewahrt werden und ist der Schriftsatz bis 24.00 Uhr des letzten Tages der Frist noch nicht vollständig ausgedruckt, so ist bei der Prüfung der Frage, ob die Frist gewahrt ist, nur der Teil des Schriftsatzes zu berücksichtigen, der rechtzeitig ausgedruckt worden ist.

2. Ein schriftlicher Antrag auf Bewilligung von Prozeßkostenhilfe ist ein „bestimmender Schriftsatz“ und muß deshalb unterschrieben werden.

(BGH, Beschl. v. 4. 5. 1994 – XII ZB 21/94 – NJW 94, 2097)

Übertragung des Praxiswerts durch Steuerberater (§ 20 EStG)

1. Überträgt ein Steuerberater den Praxiswert oder den Mandantenstamm seiner bisherigen Steuerberatungspraxis auf eine von ihm mitgegründete SteuerberatungsgmbH, so erwirbt die GmbH ein abnutzbares und abschreibungsfähiges Wirtschaftsgut (Einschränkung zum BFH-Urteil vom 28. 2. 1990 – I R 144/97, BStBl. II 1990, 595).

2. Für die Bemessung der Nutzungsdauer kann es von Bedeutung sein, wenn der den Praxiswert oder den Mandantenstamm übertragende Gesellschafter in der Kapitalgesellschaft eine herausgehobene Stellung einnimmt.

(BFH, Urt. v. 30. 3. 1994 – I R 52/93 – LEXinform Dokumentnr. 0109695)

Anmerkung: Die Einschränkung zum BFH-Urteil vom 28. 2. 1990 bezieht sich darauf, daß Zahlungen an den Gesellschafter-Geschäftsführer der SteuerberatungsgmbH für dessen Überlassung des Mandantenstamms seiner Einzelpraxis nicht zwangsläufig zur Annahme einer verdeckten Gewinnausschüttung führen.

Rechtsmittel/ Steuerberatungsgesellschaft

Eine Nichtzulassungsbeschwerde ist auch dann unzulässigerweise von einer Steuerberatungsgesellschaft (GmbH) eingelegt worden, wenn sie zwar von einem Steuerberater unterschrieben wurde, der Briefkopf des Schreibens aber nur die Steuerberatungsgesellschaft ausweist und die Beschwerde in der Wir-Form abgefaßt ist.

(BFH, Urt. v. 11. 2. 1994 – VIII B 83/93 – LEXinform-Dokumentnr. 0119218)

Anmerkung: Sozietäten können die Prozeßvertretung übernehmen. Die Vollmacht kann auf eine Sozietät lauten, so daß alle Sozien vertretungsberechtigt sind.

(BFH/NV 1994, 650)

Anwaltshaftung

- Pflichtverletzung
 - Zurechnungszusammenhang
 - Mitverschulden
 - Verjährung
 - Anmerkung
- (BGH, Urt. v. 14. 7. 1994 – IX ZR 204/93)

Leitsätze:

Ist der Mandant aufgrund anderweitiger rechtlicher Beratung noch in der Lage, ihm durch eine Pflichtverletzung seines Anwalts drohende wirtschaftliche Nachteile abzuwenden, unterläßt er jedoch die ihm geratene Maßnahme aus unvertretbaren Gründen, entfällt der Zurechnungszusammenhang zwischen dem Anwaltsfehler und dem entstandenen Schaden.

Trifft den Mandanten selbst aufgrund einer anderweitig erhaltenen Rechtsbelehrung die Obliegenheit, sich darum zu bemühen, Schaden infolge eines Fehlers des ersten Anwalts zu vermeiden, muß er sich ein Verschulden des zweiten Anwalts als eigenes anrechnen lassen (Abgrenzung zu BGH NJW 1993, 1779 = GI 1993, 355).

Läßt der Anwalt einen Anspruch verjähren, tritt der Schaden regelmäßig bereits mit Ablauf der Verjährungsfrist ein. Auf den Zeitpunkt, zu dem der Gegner des Mandanten die Verjährungseinrede erhebt, kommt es nicht an.

Aus dem Tatbestand:

Die Kläger verlangen von dem beklagten Rechtsanwalt Schadenersatz, weil er in einem Rechtsstreit mit der Stadt M. einen Teil ihrer Entschädigungsansprüche habe verjähren lassen.

Die Kläger beabsichtigten im Jahre 1981, das auf ihrem Grundstück in M. stehende Wohnhaus abzureißen und durch einen

Neubau zu ersetzen. Auf ihre Bauanzeige erhielten sie den Bescheid der Stadt, daß dem Bauvorhaben keine Bedenken entgegenstünden. Im Juni 1982 begannen die Kläger mit den Bauarbeiten. Auf Antrag einer Nachbarin ordnete das OVG M. am 25.11.1982 an, die Stadt habe den Klägern die Fortsetzung der Bauarbeiten bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den von der Nachbarin eingelegten Widerspruch zu untersagen. Die Stadt verfügte die Einstellung der Bauarbeiten; dagegen gerichtete Rechtsbehelfe der Kläger hatten keinen Erfolg.

Auf Antrag der Kläger erteilte die Stadt ihnen am 27.1.1983 die Baugenehmigung zur Errichtung des geplanten Hauses, verbunden mit der Befreiung von der Vorschrift über den Bauwich (§ 7 BauO NW). Dagegen erhob die Nachbarin erneut Widerspruch und erwirkte am 24.2.1983 eine einstweilige Anordnung auf vorläufige Stilllegung der Bauarbeiten durch das VG D., die mit Beschluß des OVG M. vom 8.4.1983 bestätigt wurde. Auf erneuten Antrag der Kläger erteilte die Stadt am 15.7.1983 eine Nachtragsbaugenehmigung, wonach der Standort des bereits im Rohbau fertiggestellten Gebäudes um drei Meter zu versetzen war.

Die Kläger beauftragten den Beklagten, die aus diesem Sachverhalt herrührenden Ersatzansprüche gegen die Stadt M. geltend zu machen. Er reichte am 16.7.1985 eine Zahlungsklage über 197.147,86 DM ein, die im wesentlichen die durch die Versetzung des Bauwerks hervorgerufenen Mehraufwendungen sowie die infolge der Verzögerung der Fertigstellung entstandenen Nachteile betraf. Das LG Duisburg erließ zunächst ein Grundurteil, daß den Klägern ein mitverschuldensfreier Entschädigungsanspruch nach dem OBG NW zustehe. Daraufhin erhöhten die Kläger im Mai/Juni 1986 mit mehreren Schriftsätzen ihre Zahlungsklage auf 354.596,07 DM und stellten einen Feststellungsantrag. Im Jahre 1988 erweiterten sie ihr Zahlungsbegehren nochmals um 40.192,02 DM.

Mit Teilurteil vom 26.1.1989 entschied das LG Duisburg über die bis Juni 1986 gestell-

ten Anträge. Den Klägern wurde ein Entschädigungsbetrag von 243.109,49 DM – abzüglich einer von der Stadt inzwischen geleisteten Zahlung von 153.000 DM – zugesprochen; im übrigen wurden die Anträge abgewiesen. Gegen dieses Teilurteil legten die Kläger im Umfang ihrer Beschwerde Berufung ein. Die Stadt erhob daraufhin unselbständige Anschlußprüfung und machte zugleich erstmals die Einrede der Verjährung geltend. Mit Urteil vom 12.10.1989 wies das OLG Düsseldorf die Berufung der Kläger zurück und setzte auf die Anschlußprüfung der Stadt den Entschädigungsbetrag auf 197.147,86 DM herab. Das Oberlandesgericht billigte die Entschädigungsberechnung des Landgerichts, sah jedoch alle über die ursprüngliche Klagesumme hinausgehenden Ansprüche als verjährt an.

Die Kläger nehmen den Beklagten deshalb auf Ersatz des abgewiesenen Betrages von 45.961,53 DM sowie der ihnen daraus entstandenen Zinsnachteile in Anspruch. Die in Höhe von 88.986,82 DM zuzüglich Zinsen seit Rechtshängigkeit erhobenen Klage hat das Landgericht abgewiesen. Den im zweiten Rechtszug weiterverfolgten Betrag von 64.346,28 DM hat das Berufungsgericht den Klägern zuerkannt. Der Beklagte begehrt mit der Revision die Wiederherstellung der erstinstanzlichen Entscheidung.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I.

1. Das Berufungsgericht ist der Auffassung, der Beklagte habe es schuldhaft versäumt, vor Ablauf der Verjährung den Zahlungsantrag der Kläger auf mindestens 243.109,49 DM zu erhöhen. Die Verjährung der Ansprüche gegen die Stadt sei im April 1986 eingetreten. Die Kläger selbst hätten den Beklagten mit Schreiben vom 2.11.1985 auf die Verjährungsfrage hingewiesen und bereits in ihrem Brief vom 14.10.1985 verschiedene konkrete Angaben zu weiteren,

bis dahin nicht berücksichtigten Schadenpositionen gemacht. Der im ersten Klageerhöhungsschriftsatz vom 12.5.1986 enthaltene Vortrag hätte bereits Ende März/Anfang April 1986 erfolgen können.

2. Gegen diese Erwägungen wendet sich die Revision ohne Erfolg. Sie meint, die Verjährung der Ansprüche gegen die Stadt sei bereits im Laufe des November 1985 eingetreten; deshalb habe der Beklagte die weiteren Ansprüche nicht rechtzeitig für die Kläger geltend machen können.

Indessen ist die Frage, wann Verjährung eintrat, an dieser Stelle nicht rechtserheblich. Das Berufungsgericht hat verfahrensfehlerfrei festgestellt, daß der Beklagte aus dem Schreiben der Kläger vom 14.10.1985 hinreichende Hinweise auf mögliche weitere Ansprüche entnehmen konnte. Der Beklagte hätte die Frage der Verjährung schon prüfen müssen, bevor er die Klage einreichte. Er war gehalten, den Klägern insoweit rechtzeitig die notwendigen Schritte anzuraten und den sichersten Weg zu wählen (*vgl. zu den Pflichten des Anwalts bei drohender Verjährung BGH, Urt. v. 17.6.1993 – IX ZR 206/92, NJW 1993, 2797*). Daher hätte er jedenfalls unverzüglich nach Erhalt des genannten Schreibens vom 14.10.1985 Feststellungsklage einreichen müssen, was zur Unterbrechung der Verjährung ausreichend gewesen wäre.

II.

Das Berufungsgericht meint weiter, der Schaden der Kläger beruhe auf der Pflichtverletzung des Beklagten. Der Ursachenzusammenhang sei nicht dadurch unterbrochen worden, daß die Kläger den durch das Teilurteil des Landgerichts abgewiesenen Teil ihrer Anträge mit der Berufung weiterverfolgt hätten. Auf die Frage, ob der Beklagte ihnen zur Berufung geraten habe, komme es nicht an. Das hält den Angriffen der Revision nicht stand; das Berufungsgericht hat den entscheidungserheblichen Sachverhalt nicht hinreichend ausgeschöpft.

1. Der erforderliche haftungsrechtliche Zurechnungszusammenhang kann feh-

len, wenn der Geschädigte selbst in völlig ungewöhnlicher oder unsachgemäßer Weise in den Geschehensablauf eingreift und damit eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt (BGH, Urt. v. 14. 3. 1985 – IX ZR 26/84, GI 18/85 = NJW 1986, 1329, 1331; v. 7.1.1988 – IX ZR 7/87, NJW 1988, 1262, 1263; v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1139, 1141; v. 7.1.1993 – IX ZR 199/91, NJW 1993, 1587, 1589). Einen entsprechenden Sachverhalt hat der Beklagte im Streitfall vorgetragen. Die Kläger haben dem Beklagten unstreitig bereits am 2.11.1985 folgendes geschrieben:

Das Thema Verjährung ist vor der Klageerhebung mit Herrn B. (Berufungsanwalt) ausführlich erörtert worden. Nach Ansicht des Herrn B. dürfte die Verjährungsfrist erst am 18.11.1985 ablaufen.

Der Beklagte behauptet, sie hätten ihn nach Erlaß des Teilurteils nicht wegen der Frage konsultiert, ob er ihnen die Berufung empfehle. Insoweit seien sie allein von dem beim Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwalt B. beraten worden. Dieser habe sie schon zu Beginn des Berufungsverfahrens – und nochmals nach Erhebung der Anschlußberufung durch die Stadt – darauf hingewiesen, sie müßten damit rechnen, daß alle nicht mit der ursprünglichen Klage geltend gemachten Ansprüche verjährt seien. Er habe den Klägern auch erläutert, daß sie den voraussichtlichen Erfolg der Anschlußberufung nur durch die Rücknahme ihrer eigenen Berufung verhindern könnten. Trotzdem seien die Kläger dazu nicht bereit gewesen.

2. Für den Revisionsrechtszug ist mangels abweichender tatrichterlicher Feststellungen von diesem Vorbringen auszugehen. Hat der Berufungsanwalt hinsichtlich der Verjährung die Kläger zutreffend beraten und ihnen eindeutig von der Durchführung des Rechtsmittels abgeraten, ist ihr Verhalten nach Einlegung der Anschlußberufung als gänzlich unsachgemäß zu werten, sofern keine vernünftigen nachvollziehbaren Gründe ersichtlich waren, gleichwohl gegen den Rat des Anwalts die Berufung

durchzuführen. Solche vertretbaren Erwägungen vermag das Berufungsurteil nicht aufzuzeigen. Die Verjährung der Ansprüche gegen die Stadt begann mit Zugang der Entscheidung des OVG M. vom 8. 4. 1983 (vgl. unten III 1 b). Die Klageerweiterungen sind daher in verjährter Zeit vorgenommen worden. Das Berufungsurteil legt keine Umstände dar, die geeignet wären, eine von der klaren Rechtsauskunft des beratenden Anwalts abweichende Meinung vertretbar erscheinen zu lassen.

Das Berufungsgericht meint, die Kläger hätten sich mit einer gewissen Erfolgsaussicht auf den Standpunkt stellen können, der ursprüngliche Klageantrag sei in der Weise auszulegen, daß die Kläger damit bereits den gesamten Entschädigungsanspruch hätten geltend machen wollen, oder spätere Erhöhungen von einzelnen Klagepositionen seien als schon in der Klageschrift selbst angelegt zu behandeln. Das rügt die Revision zutreffend als rechtsfehlerhaft; denn das Berufungsurteil nennt keine Umstände, die eine solche Auslegung möglich erscheinen lassen. Der Senat kann die erforderliche Auslegung der Klage selbst vornehmen. Diese enthält keinerlei Anhaltspunkte für eine den Klägern günstigere Ansicht zur Verjährung ihrer Amtshaftungsansprüche.

Folglich haben die Kläger in einer Weise in den Geschehensablauf eingegriffen, die den Zurechnungszusammenhang mit der Pflichtverletzung unterbricht, wenn sie unter den vom Beklagten behaupteten Voraussetzungen auf der Durchführung der Berufung gegen das Teilurteil des LG Duisburg vom 26.1.1989 bestanden haben. Wegen dieses Rechtsfehlers ist das angefochtene Urteil aufzuheben (§ 564 Abs. 1 ZPO).

III.

Eine Sachentscheidung im Sinne der Revision ist nicht möglich; denn die vom Beklagten erhobene Verjährungseinrede greift nicht durch.

1. Die Primärverjährung der Ansprüche gegen den Rechtsanwalt begann mit der Entstehung des Schadens (§ 51 I. Alt. BRAO).

Das Berufungsgericht setzt als maßgeblichen Zeitpunkt den 8.4.1983 (Beschwerdeentscheidung des OVG M.) an. Dagegen wendet sich die Revision ohne Erfolg.

a) **Der Schaden der Kläger war entstanden, sobald ihre Entschädigungsansprüche gegen die Stadt M. verjährt waren.**

Nach ständiger Rechtsprechung ist bei einer Pflichtverletzung, die sich allgemein gegen das Vermögen richtet, ein Schaden zu bejahen, sobald die Vermögenslage des Betroffenen der Handlung im Vergleich mit dem früheren Vermögensstand schlechter geworden ist. Hierzu genügt es, daß **die Verschlechterung sich wenigstens dem Grunde nach verwirklicht hat, mag ihre Höhe auch noch nicht beziffert werden können** (BGHZ 100, 228, 231; 114, 150, 152 f = GI 91, 171; BGH, Urt.v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92, GI 93, 117 = NJW 1993, 648, 650; v. 9.7.1992 – IX ZR 50/91, GI 93, 320 = NJW 1992, 2828, 2829; v. 5.11.1992 – IX ZR 200/91, GI 93, 163 = NJW 1993, 1320).

Obwohl die Verjährung nur auf Einrede berücksichtigt wird, ist **zumindest bei streitigen Ansprüchen ein Schaden schon infolge des Fristablaufs zu bejahen, weil nach der Lebenserfahrung damit gerechnet werden muß, daß der Schuldner zur Abwehr des erhobenen Anspruchs von der Verjährungseinrede Gebrauch machen wird.** Der Bundesgerichtshof ist daher schon bisher davon ausgegangen, daß der Ablauf der Verjährungsfrist bereits zur Entstehung des Schadens führt (BGH, Urt.v. 11.7.1967 – VIZR 41/66, VersR 1967, 979; v. 20.5.1975 – VI ZR 138/74, NJW 1975, 1655, 1656; v. 3.11.1988 – IX ZR 203/87, WM 1988, 1855, 1858).

Das ist hier nicht deshalb anders zu beurteilen, weil die Stadt sich zunächst nicht auf Verjährung berufen hat und die Kläger infolgedessen in erster Instanz obsiegt haben. Dieses Urteil hat den schon entstandenen Schaden lediglich vorübergehend entfallen lassen. Das beeinflußt indes den Lauf der Verjährungsfrist nicht; denn **es kommt nicht darauf an, ob der Nachteil auf Dauer bestehen bleibt und damit endgültig wird** (BGHZ 100, 228, 231; 114, 150,

153 = GI 91, 171; Senatsurt. v. 9.7.1992, 15.10.1992 u. 5.11.1992, jeweils a.a.O).

b) Entschädigungsansprüche gegen die Stadt waren erst im April 1986 verjährt.

Ansprüche nach §§39, 40 OBG NW verjähren ebenso wie Amtshaftungsansprüche in drei Jahren (§41 OBG NW). Der für den Verjährungsbeginn maßgebliche Zeitpunkt – die Kenntnis des Verletzten von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen – wird nach ständiger höchstgerichtlicher Rechtsprechung genauso wie in §852 Abs. 1 BGB bestimmt (BGH, Urt. v. 12.10.1978 – III ZR 162/76, WM 1978, 1328, 1330; v. 6.5.1993 – III ZR 2/92, NJW 1993, 2303, 2305, z.V. in BGHZ vorgesehen).

Demnach ist die entsprechende **Kenntnis vorhanden, sobald der Geschädigte aufgrund der ihm bekannten Tatsachen gegen eine bestimmte Person eine Schadenersatzklage – sei es auch nur eine Feststellungsklage – erheben kann, die bei verständiger Würdigung soviel Erfolgsaussichten hat, daß sie ihm zumutbar ist.**

Die entsprechende Kenntnis hatten die Kläger nicht schon aufgrund der **im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes ergangenen Beschwerdeentscheidung** des OVG M. vom 25.11.1982. Diesem Beschluß lag **lediglich eine summarische Prüfung** der Rechtslage zugrunde. Zwar deutete danach viel darauf hin, daß der am 4.8.1981 erteilte Bescheid wegen Verstoßes gegen die Vorschrift über den zum Nachbargrundstück einzuhaltenen Bauwuch (§7 BauO NW) rechtswidrig war. Für die Kläger stand damit aber nicht hinreichend sicher fest, daß ihr Wohnhaus nicht dort verbleiben durfte, wo sie mit dessen Errichtung begonnen hatten. Die erste Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ließ offen, ob es möglich war, im Wege einer Ermessensentscheidung nach §9 BauO NW (Erstreckung des Bauwuchs auf andere Grundstücke) doch noch innerhalb kurzer Zeit die Baugenehmigung für das Wohnhaus an der vorgesehenen Stelle zu erhalten. Die Kläger haben diesen Versuch tatsächlich unver-

züglich unternommen und damit bei der Behörde zunächst auch Erfolg gehabt.

Infolge der im November 1982 verfügte **vorläufigen Baueinstellung** war den Klägern ebenfalls noch keine Feststellungsklage gegen die Stadt M. zumutbar. Da sie es trotz der ihnen ungünstigen Entscheidung des OVG M. vom 25.11.1982 zunächst für möglich halten durften, alsbald eine Baugenehmigung zu erhalten, war für sie damals noch nicht hinreichend absehbar, ob die vorläufige Baueinstellung letztlich zu einer wesentlichen Verzögerung der Fertigstellung des Wohnhauses führen würde. Die danach notwendige Gewißheit ergab sich für sie erst mit Beendigung des von der Nachbarin gegen die Baugenehmigung vom 27.1.1983 eingeleiteten einstweiligen Rechtsschutzverfahrens durch den Beschluß des OVG M. vom 8.4.1983. Vorher war den Klägern auch deshalb keine Klage zumutbar, weil sie ein großes Interesse daran hatten, daß die gerichtlichen Verfahren zwischen der Nachbarin und der Stadt, in denen sie als Bauherren notwendig beigeladen waren (§ 65 Abs. 2 VwGO), zugunsten der Stadt ausgingen, sich im Schadenersatzprozeß gegen diese aber auf den Rechtsstandpunkt hätten stellen müssen, die zu ihren Gunsten ergangenen Bescheide seien rechtswidrig (vgl. BGH, Urt.v. 6.5.1993, a.a.O.).

2. Das Berufungsgericht bejaht im Ergebnis zu Recht einen **Sekundäranspruch** der Kläger.

Für den Anwalt kann sich bei der weiteren Wahrnehmung des Mandats ein begründeter Anlaß ergeben zu prüfen, ob er dem Mandanten durch einen Fehler Schaden zugefügt hat. Muß ein sorgfältig arbeitender Rechtsanwalt dabei die Möglichkeit der Regreßhaftung erkennen, so hat er seinen Auftraggeber hierauf sowie auf die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO hinzuweisen. Versäumt der haftpflichtige Anwalt dies schuldhaft, begründet dies den Sekundäranspruch des Geschädigten, der sich darauf richtet, so gestellt zu werden, als wäre die Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs nicht eingetreten

(BGHZ 94, 380, 386 = GI 32/86; BGH, Urt. v. 18.9.1986 – IX ZR 204/85, NJW 1987, 326; v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91, GI 92, 71 = NJW 1992, 836, 837).

Der Beklagte hatte, bevor der Primäranspruch gegen ihn verjährt war, mehrfach Veranlassung, sein eigenes Verhalten zu überprüfen und die Kläger auf die Möglichkeit von Regreßansprüchen hinzuweisen. **Er hat die Klage ab Mai 1986, als die Entschädigungsansprüche gegen die Stadt verjährt waren, mehrfach erweitert. Vor Einreichung dieser Schriftsätze hätte er überlegen müssen, ob die Stadt sich gegenüber weiteren Ansprüche zu Recht würde auf Verjährung berufen können.** Der Beklagte behauptet sogar, den Klägern jeweils einen entsprechenden Hinweis gegeben zu haben. Dann hätte er aber auch erkennen müssen, daß er es in der Vergangenheit pflichtwidrig versäumt hatte, durch rechtzeitige Einreichung eines Feststellungsantrags alle Ansprüche der Kläger vor der Verjährung zu schützen.

Der Primäranspruch gegen den Beklagten verjährte im April 1989, der Sekundäranspruch somit drei Jahre später; denn im April 1989 bestand das Mandat noch fort (vgl. BGHZ 94, 380). Zu diesem Zeitpunkt war noch ein Restanspruch in erster Instanz anhängig, die Tätigkeit des Beklagten als Prozeßbevollmächtigter der Klägerin somit nicht beendet. Die Verjährung des Schadenersatzanspruchs wurde durch die am 27.3.1992 erfolgte Klagezustellung rechtzeitig unterbrochen (§ 209 Abs. 1 BGB).

IV.

Die Sache ist daher zur weiteren Tatsachenaufklärung an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 565 Abs. 1 ZPO). Sollte das Berufungsgericht danach erneut zu der Auffassung gelangen, daß ein Zusammenhang zwischen der Pflichtverletzung des Beklagten und dem den Klägern erwachsenen Schaden besteht, wird es zu prüfen haben, ob die Kläger wegen eines Beratungsfehlers ihres Berufungsanwalts ein Mitverschulden trifft (§§ 254 Abs. 2 Satz 2, 278 BGB).

1. Mit der im angefochtenen Urteil gegebenen Begründung kann ein Mitverschulden des Berufungsanwalts nicht verneint werden; denn nach den bisher getroffenen Feststellungen mußte dieser damit rechnen, daß die mit der Anschlußberufung erhobene Verjährungseinrede durchgreifen werde. Das hat der Senat bereits oben II 2 ausgeführt; darauf wird Bezug genommen.

2. Nach dem Hilfsvorbringen des Beklagten hat der zweitinstanzliche Prozeßbevollmächtigte es versäumt, den Klägern die Rücknahme der Berufung zu empfehlen. Einen entsprechenden Fehler ihres Berufungsanwalts haben die Kläger dem Beklagten gegenüber als Mitverschulden zu vertreten.

Allerdings braucht sich der Auftraggeber das Verschulden eines zweiten Anwalts, der das Mandat des ersten fortführt, nicht zurechnen zu lassen, wenn dieser denselben schadenursächlich Fehler begangen hat wie der zuerst tätig gewordene Kollege und der Auftraggeber sich darauf verlassen durfte, daß der erste Anwalt seine Vertragspflichten sachgerecht erfüllt hatte (BGH, Urt.v. 18. 3. 1993 – IX ZR 120/92, GI 93, 355 = NJW 1993, 1779, 1781). In einem solchen Fall hat der Mandant von sich aus keine Veranlassung, etwas zu unternehmen, um eine im eigenen Interesse gebotene Obliegenheit zur Abwendung des Schadens zu erfüllen. Er braucht sich dann den Rechtsirrtum des zweiten Anwalts nicht als eigenes Verschulden zurechnen zu lassen.

Im Streitfall sind indessen die Merkmale der Vorschrift des § 254 Abs. 2 Satz 2 BGB zu bejahen. Die Kläger hatten die Verjährungsproblematik mit ihrem späteren Berufungsanwalt schon vor Prozeßbeginn eingehend erörtert. Aufgrund der damals erhaltenen Beratung war ihnen bekannt, daß er die Auffassung vertreten hatte, die Verjährung laufe bereits am 18.11.1985 ab. Nach Klageerhebung hatten die Kläger dem Beklagten am 2.11.1985 das oben II 1 bereits zitierte Schreiben gesandt. In Anbetracht ihres daraus zu entnehmenden Wissens hatten die Kläger nach Erhalt der Anschlußberufung

selbst Veranlassung, sich darum zu bemühen, daß ihnen durch die Erhebung der Verjährungseinrede kein Nachteil entstand. Das dem Berufungsanwalt erteilte Mandat diene nunmehr auch diesem Zweck. **Damit wurde der Anwalt zugleich zur Erfüllung der Obliegenheit des Mandanten zur Schadenabwehr tätig. Bei einem Vertragsverhältnis muß sich der Geschädigte das Verschulden einer Hilfsperson nach § 254 BGB anrechnen lassen, wenn er sich ihrer zur Wahrung eigener Belange bedient hat und das Verhalten der Hilfsperson in unmittelbarem Zusammenhang mit dem ihr anvertrauten Pflichtenkreis steht** (BGHZ 3, 46). Diese Voraussetzungen waren mit der Beauftragung des Berufungsanwalts gegeben; die Kläger haben daher dessen Verschulden im Verhältnis zu ihrem ersten Anwalt als eigenes zu vertreten.

Anmerkung:

Die Urteilsausführungen zum Verjährungsbeginn bestätigen nochmals, daß ein Schaden schon infolge Fristablaufs zu bejahen ist. Es kommt nicht darauf an, ob der Gegner sich zunächst auf den Fristablauf und den Verjährungseintritt beruft. Nach der Lebenserfahrung ist damit zu rechnen, daß der Schuldner zur Abwehr von Ansprüchen von der Verjährungseinrede Gebrauch machen wird.

Im übrigen erfahren wir durch das Urteil wenig Neues: Der zweitinstanzliche Anwalt, der denselben Fehler begeht wie der zuerst tätige Kollege, entlastet nicht. Der Gedanke des Mitverschulden kommt nur zum Tragen, wenn der neue Anwalt zur Schadenabwehr eingeschaltet ist und ihm dabei Fehler unterlaufen. Eine Unterbrechung des Kausalzusammenhangs findet nur statt, wenn der Geschädigte selbst in völlig ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den Geschehensablauf eingreift und damit eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt (RA Dr. Gräfe).

Treuhänderhaftung

- Aufklärungspflicht
- Vorzeitiger Baubeginn
- Verjährung, § 68 StBerG
- Schaden

(BGH, Urt. v. 2. 3. 1994 – VII ZR 14/94)

Leitsätze:

Zur Aufklärungspflicht eines Bautreuhänders, der vor Erfüllung der vertraglich festgelegten Voraussetzungen den Baubeginn veranlaßt.

Aus dem Tatbestand:

Der Kläger zu 1 und der Kläger zu 2, dieser gemeinsam mit seiner Ehefrau, beteiligten sich im Jahr 1981 an dem Bauherrenmodell „Appartementhaus L.“; dabei war die Errichtung zahlreicher Wohneinheiten in drei Bauabschnitten vorgesehen. Im Rahmen dieses Bauherrenmodells übernahm die Fa. T., Bauträger, die Rolle des „Generalunternehmers“, das Wirtschaftsbüro T. KG die des Baubetreuers und der Beklagte die des Treuhänders.

Die Kläger, die im Wege der Stufenklage zunächst Auskunft- und Rechenschaftsansprüche gegen den Beklagten durchgesetzt hatte, nahmen diesen nunmehr auf Schadenersatz in Anspruch. Sie machten u. a. geltend, der Beklagte habe seine Pflichten aus dem Treuhandvertrag verletzt, weil er den Baubeginn veranlaßt habe, obwohl weder die Bauherrengemeinschaft für den ersten Bauabschnitt geschlossen gewesen sei noch die erforderliche Finanzierungszusage für alle drei Bauabschnitte vorgelegen habe. Außerdem fehlten die Außenanlage, Stell- und Parkplätze sowie die vorgesehene dreigeschossige Parkpalette.

Das LG hat durch Teilurteil vom 23.5.1991 und Schlußurteil vom 12.12.1991 dem Kläger zu 1 13.000 DM und dem Kläger zu 2 6.500 DM wegen fehlender Parkplätze zugesprochen, im übrigen jedoch die Klage

abgewiesen. Auf die hiergegen eingelegte Berufung des Beklagten hat das Berufungsgericht die Klage insgesamt abgewiesen; die Berufungen der Kläger gegen das Teil- und das Schlußurteil des LG hat es zurückgewiesen.

Die Revision der Kläger führte zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

1. Vergeblich wendet sich die Revision gegen die Annahme der Vorinstanzen, daß zwischen den Klägern und dem Beklagten ein wirksamer Treuhandvertrag zustande gekommen ist (wird ausgeführt).

2. Soweit das Berufungsgericht trotz Bejahung vertragswidrigen Verhaltens des Beklagten einen Schadenersatzanspruch der Kläger verneint hat, beruht das auf Rechtsfehlern.

a) Entgegen der Annahme des Berufungsgerichts scheitert ein Schadenersatzanspruch der Kläger nicht bereits daran, daß diese mit ihrer Klage lediglich Ersatz der Schäden verlangt haben, die ihnen aus der Nichtverwirklichung der beiden letzten Bauabschnitte entstanden sind. Die Kläger haben vielmehr mit der vorliegenden Klage begehrt, so gestellt zu werden, als wenn sie der Bauherrengemeinschaft nicht beigetreten wären; sie haben deshalb die Differenz zwischen den geleisteten Zahlungen und den erzielten Einnahmen als Schaden geltend gemacht. Damit haben die Kläger eine Gesamtberechnung ihrer Beteiligung an dem Bauherrenmodell vorgenommen und unter Rückabwicklung des Vertrags Ersatz des ihnen daraus entstandenen Verlusts, nicht aber nur einzelner Vermögensnachteile verlangt.

b) Der Beklagte war als Treuhänder, wenn er nach der Bauherrenversammlung vom 28.12.1981 ohne Vorliegen der Voraussetzungen des § 2 des Treuhandvertrags den Baubeginn vorzeitig veranlaßte, jedenfalls verpflichtet, die Kläger auf die damit verbundenen Risiken hinzuweisen. Daß dies in der Bauherrenversammlung geschehen wäre, wird nicht geltend gemacht.

c) Dem angefochtenen Urteil ist nicht eindeutig zu entnehmen, ob das Berufungsgericht eine Feststellung dahin hat treffen wollen, daß die Kläger auch nach der gebotenen Aufklärung über die mit dem vorzeitigen Baubeginn verbundenen Risiken durch den Beklagten an dem geschlossenen Treuhandvertrag festgehalten hätten oder ob das offenbleiben sollte.

Auch aus seiner Feststellung, die Kläger hätten im zweiten Rechtszug nicht behauptet, daß sie bei einem Hinweis des Beklagten auf die bestehenden Risiken von dem ihnen zustehenden Rücktrittsrecht Gebrauch gemacht hätten, dufte das Berufungsgericht keine Schlüsse zum Nachteil der Kläger ziehen. War – wie zuvor dargelegt – der Beklagte darlegungspflichtig dafür, daß die Kläger trotz Aufklärung an dem Vertrag festgehalten hätten, bedurfte es einer gegenteiligen Behauptung der Kläger hierzu nicht. Dann aber kann die Unterlassung dieser Behauptung nicht zu Lasten der Kläger verwertet werden. Die Absicht der Kläger, Darlegungen des Beklagten zu ihrem Verhalten im Fall einer Risikobelehrung entgegenzutreten und sie nicht etwa zugestehen zu wollen, hat da OLG diesen nicht absprechen wollen.

3. Zu Unrecht hat das Berufungsgericht ferner einen Schadenersatzanspruch der Kläger wegen Fehlens der für die jeweiligen Wohnungen vorgesehenen Abstellplätze verneint. Ein Schaden der Kläger ist bereits darin zu sehen, daß der Beklagte die Vergütung an den Generalunternehmer in voller Höhe gezahlt hat, obwohl er hierzu nicht verpflichtet war, da die Park- bzw. Stellplätze noch nicht in dem geschuldeten Umfang errichtet worden waren (vgl. BGH vom 11. 5. 1989 – VII ZR 12/88 – NJW-RR 89, 1102 unter III 1). Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts fehlten mindestens 35 Stellplätze, für deren Errichtung weitere Kosten erforderlich sind; die Kosten für die Errichtung von insgesamt 45 Stellplätzen sind vom Beklagten selbst auf insgesamt 32.000 DM geschätzt worden. Damit liegt auch insoweit ein Schaden des Klägers vor.

4. Das Berufungsurteil stellt sich auch nicht aus anderen Gründen als richtig dar (§ 563 ZPO).

a) Der Beklagte bezweifelt selbst nicht, daß sich die **Verjährung** der gegen ihn gerichteten Ersatzansprüche nach § 68 StBerG richtet (BGHZ 97, 21 [25] = GI 86, 45; 115, 213 [226] = VersR 92, 101 [104] = GI 92, 29; Senat vom 16. 1. 1991 – VIII ZR 14/90 – WM 91, 695 unter I 1c = GI 91, 128). Innerhalb der dreijährigen Verjährungsfrist, die mit der Übersendung der Endabrechnung im Dezember 1983 begann, mußte der Beklagte die Kläger jedoch über sein Fehlverhalten aufklären sowie auf die für den Schadenersatz geltende Verjährungsfrist hinweisen (BGH vom 5. 7. 1990 – VII ZR 26/89 – VersR 90, 1250 = WM 90, 1623 unter II 3 = GI 90, 179; Senat vom 16. 1. 1991 a.a.O.). Von dieser Pflicht war der Beklagte nicht wegen anderweitiger anwaltlicher Beratung befreit (vgl. BGH vom 26. 2. 1985 – VI ZR 144/83 – VersR 85, 661 unter II 2b cc = GI 19/85).

b) Entgegen der Ansicht des Beklagten fehlt es auch nicht an einer schlüssigen **Schadenberechnung** der Kläger. Diese verlangen mit ihren Hauptanträgen so gestellt zu werden, als hätten sie sich nicht an dem Projekt beteiligt. Dann können sie unter Rückgängigmachung des Vertrags Ersatz der Beträge verlangen, die sie dem Treuhänder überlassen oder die sie an Dritte aufgrund der vom Treuhänder zu ihren Lasten begründeten Verpflichtungen gezahlt haben (Senat vom 16. 1. 1991 a.a.O.). Einen solchen Schadenersatzanspruch unter Rückgängigmachung des abgeschlossenen Vertrags machen die Kläger vorliegend geltend.

Ob die Kläger sich erzielte **Steuervorteile** anrechnen lassen müssen, hängt davon ab, ob sie die vom Beklagten zu zahlende Schadenersatzleistung zu versteuern haben; in letzterem Fall sind derartige Steuervorteile nicht zu berücksichtigen (BGH v. 11. 3. 1989 – VII ZR 12/88 – a.a.O. unter IV 1 m.w.N.). Hierzu fehlt es bisher an Feststellungen des Berufungsgerichts.

Steuerberaterhonorar

- unwirksame Pauschalvereinbarung
- Zeitgebühr
- „dieselbe Angelegenheit“

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.1.1994 – 13 U 102/93)

Leitsätze:

1. Der Steuerberater, der zusätzlich zu der Vergütung nach § 33 Nr. 1 bis 5 StBGebV eine weitere Vergütung für eine Hilfeleistung nach § 33 Nr. 7 StBGebV beansprucht, hat die tatsächlichen Voraussetzungen für die Zuerkennung einer Zeitgebühr im einzelnen darzulegen und zu beweisen.

Hierzu reicht es nicht aus, eine für die Hilfeleistung unwirksam vereinbarte Pauschalgebühr in eine gleichhohe Zeitgebühr umzubezeichnen oder eine Aufzeichnung über geleistete Zeitstunden vorzulegen, die nicht erkennen läßt, ob sich der Zeitaufwand auf eine Tätigkeit nach § 33 Nr. 1 bis 5 StBGebV oder auf eine Hilfeleistung nach Nr. 7 dieser Vorschrift bezieht.

2. Bilden mehrere Angelegenheiten den Gegenstand einer Honorarrechnung, so ist der Steuerberater nicht gehindert, für jede Angelegenheit einen Pauschalsatz zu fordern. (§ 16 StBGebV)

Leitsatz (d. Red.):

Die Bindung an eine getroffene Gebühr i. S. § 11 StBGebV bezieht sich auch auf den Auslagenersatz.

.....

II.

In zweiter Instanz streiten die Parteien lediglich darüber, ob der Kläger berechtigt ist, Sonderarbeiten gemäß § 33 Abs. 7 StBGebV in Rechnung zu stellen und eine Auslagenpauschale von mehr als 40 DM je Rechnung zu verlangen.

1. Der Streit über die **Vergütung der Sonderarbeiten gemäß § 33 Abs. 7 StBGebV** betrifft Beträge von jeweils 1.200 DM netto aus den Rechnungen vom 15.3.1991 und 16.12.1991 sowie von 800 DM aus der Rechnung vom 16.12.1991. Das Landgericht hat den geltend gemachten Anspruch verneint und dazu ausgeführt: Unter den Gebührenstatbestand des § 33 Abs. 7 StBGebV könne nur fallen, was nicht bereits zu den Gebührenstatbeständen der vorangehenden Absätze 1 bis 5 gehöre. Auch dürfe es sich nicht nur um Nebenleistungen zu den Hauptleistungen der Absätze 1 bis 5 handeln. Diese seien, sofern sie das übliche Maß nicht überschreiten würden, nicht getrennt abrechenbar. Dem Kläger sei es nicht gelungen, konkret und nachvollziehbar darzulegen, daß er Arbeiten für die Beklagte erbracht habe, die man nicht als Nebenleistungen zu den Buchführungsarbeiten ansehen könne. Zwar falle die Mitwirkung bei der **Führung eines Kassenbuchs** als sonstige Tätigkeit unter § 33 Abs. 7 StBGebV. Der Kläger habe zur Konkretisierung seiner Tätigkeit „Führung des Geschäftstagebuchs“ jedoch lediglich Arbeiten angeführt, die als zu den normalen Buchführungsleistungen gehörend anzusehen seien.

Ein entsprechender Gebührenanspruch sei zusätzlich aus formalen Gründen nicht gegeben. **Gemäß § 33 Abs. 7 StBGebV seien Sonderleistungen grundsätzlich als Zeitgebühr**, und nicht wie hier vom Kläger verlangt, pauschal zu berechnen. Gemäß § 14 StBGebV bedürfe zudem die Abrechnung in pauschalierter Form der vorherigen schriftlichen Vereinbarung mit dem Auftraggeber, die hier fehle.

Im Rahmen der dagegen gerichteten Berufung räumt der Kläger ein, daß zwar die **Vereinbarung einer Pauschalvergütung der Schriftform des § 14 StBGebV bedürfe**, und führt sodann in rechtlicher Hinsicht aus: Sei aber eine solche Vereinbarung wegen Fehlens der Schriftform unwirksam, so sei die mündliche Absprache einer Vergütung nach den allgemeinen sonstigen gebührenrechtlichen Bestimmungen zu beurteilen. Mangels einer wirksamen Pauschalverein-

barung seien die Sonderarbeiten als Zeitgebühr zu vergüten. Über die nach § 33 Abs. 7 StBGebV entfaltete Tätigkeit habe er zwischenzeitlich der Beklagten eine korrigierte Rechnung zugeleitet. Aufgrund dieser berichtigten Rechnung sei nunmehr der weitergehende Anspruch für Sonderarbeiten in Höhe von 4.400 DM netto fällig geworden.

Der vom Kläger erhobene Anspruch scheitert daran, daß die Voraussetzungen für die nunmehr beanspruchte jährliche Zeitgebühr von 1.200 DM netto nicht dargelegt sind. Zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Gebührenrechnung im Rechtsstreit kommt insbesondere **bei einem Anspruch auf eine Zeitgebühr sorgfältigen Aufzeichnungen über den Zeitaufwand, getrennt nach den einzelnen Angelegenheiten, eine besondere Bedeutung zu** (Eckert/Böttcher, § 13 StBGebV Rndr. 10). An derartigen schlüssigen und beweiskräftigen Aufzeichnungen fehlt es im Streitfall. Die vom Kläger überreichten Unterlagen lassen sich zum großen Teil mangels Angabe des **Datums** nicht einmal zeitlich einordnen. Anhand der in den Aufzeichnungen vorhandenen Eintragungen kann nachträglich lediglich ermittelt werden, wieviel Zeit der Kläger an den einzelnen Tagen für die jeweiligen Mandanten aufgewendet hat. Auf eine **bestimmte Art der Tätigkeit des Steuerberaters** kann hieraus nicht geschlossen werden.

Insbesondere **ermöglichen die vorgelegten Aufzeichnungen nicht die erforderliche Unterscheidung, ob der dargestellte Zeitaufwand sich auf Buchführungsarbeiten i.S.v. § 33 Nr. 1 bis 5 StBGebV oder auf sonstige Hilfeleistungen i.S.v. Nr. 7 der genannten Vorschrift bezog**. Gegen die Annahme, daß dem Kläger eine Zeitgebühr nach § 33 Nr. 7 StBGebV zusteht, spricht schließlich der Umstand, daß über einen Zeitraum von mehr als 4 1/2 Jahren (1.1.1987 bis 31.8.1991) jährlich ein gleich hoher Zeitaufwand entstanden sein soll. Ersichtlich wird hier der Versuch unternommen, die unwirksam vereinbarte monatliche Pauschale von 100 DM in eine Zeitgebühr gleicher Höhe umzuwandeln.

2. Dagegen führt die Berufung zu einem geringen Teilerfolg, soweit es um die Entscheidung der Frage geht, ob der Kläger berechtigt ist, im Rahmen einer Rechnung eine **Auslagenpauschale** von mehr als 40 DM anzusetzen.

Gegenüber der Ansicht des Landgerichts, das die Frage verneint hat, verweist der Kläger zutreffend darauf, daß die Auslagenpauschale zwar auf den Höchstbetrag von 40 DM begrenzt sei, daß aber andererseits diese Pauschale für jede einzelne Angelegenheit in Ansatz gebracht werden könne. Für die entstandenen **Post- und Fernmeldegebühren** kann der Steuerberater nach § 16 StBGebV **in jeder Angelegenheit 15 % der angefallenen Gebühr, höchstens jedoch 40 DM verlangen**. Eine vergleichbare Regelung findet sich in § 26 BRAGO. Die Frage, ob dieselbe Angelegenheit oder verschiedene Angelegenheiten vorliegen, ist im Einzelfall nach den gesamten Umständen zu entscheiden (Hartmann, Kosten-gesetze, § 13 BRAGO, Anm. 3 A). Dabei ist zu beachten, daß eine Angelegenheit durchaus mehrere Gegenstände umfassen kann, vgl. § 7 Abs. 2 BRAGO. Umgekehrt hat eine umfassende Auftragserteilung nicht zur Folge, daß die anschließend vom Rechtsanwalt oder Steuerberater entfaltete Tätigkeit ein und denselben Gegenstand betrifft. Für die einzelnen Rechnungen des Klägers gilt somit folgende Beurteilung:

a) Rechnung Nr. 10.03.02

Gegenstand dieser Rechnung sind die **Buchführung und die Sonderarbeiten** im Zusammenhang mit der Buchführung für das Jahr 1989. Dabei handelt es sich nicht um verschiedene Angelegenheiten i.S.v. § 16 StBGebV. § 33 Abs. 7 StBGebV bezieht sich auf Sonderarbeiten im Zusammenhang mit der Buchführung. Das heißt ohne Buchführung sind die Sonderarbeiten nicht denkbar. Sie sind somit Bestandteil der Angelegenheit „Buchführung“. Das Landgericht hat daher die Pauschale zu Recht von 72 DM auf 40 DM gekürzt.

b) Anders verhält es sich bei der Rechnung Nr. 1.12.01.

Sie betrifft die **Abschlußarbeiten** für das Jahr 1987, die Anfertigung von **Steuererklärungen und die Buchführung**. Hierbei handelt es sich um verschiedene Angelegenheiten mit der Folge, daß die geforderte Pauschale von 72 DM anzuerkennen ist.

c) Die Rechnung Nr. 5.12.03 ist außer Streit, da nur eine Pauschale von 24 DM gefordert wurde.

d) Die Rechnungen Nr. 6.12.01 und 10.12.04 betreffen Buchführung und Sonderarbeiten für die Steuerjahre 1990 und 1991. Hierbei handelt es sich wiederum um dieselbe Angelegenheit, so daß die mit 72 DM bzw. 84 DM angesetzte Pauschale jeweils auf 40 DM zu kürzen ist.

Auch ist es dem Kläger verwehrt, nachträglich die Pauschale in der Rechnung Nr. 5.12.03 von 24 DM auf 40 DM anzuheben. In dieser Rechnung hat der Kläger den Auslagenersatz der Höhe nach auf 24 DM bestimmt. **Von der zuvor getroffenen Bestimmung i.S.v. §11 StBGebV, §315 BGB kann er sich im nachherein nicht lösen.** Übt ein Berater sein **Gläubiger-Bestimmungsrecht** aus, so ist er an die Höhe dieser Gebühr gebunden. Insgesamt steht dem Kläger daher lediglich eine weitere Pauschalgebühr in Höhe von 32 DM zu.

Steuerberaterhaftung

- verdeckte Gewinnausschüttung
 - Buchungsfehler
 - Verschulden des Mandanten
- (OLG Düsseldorf, Urt.v. 2.12.1993 – 13 U 25/93)

Leitsatz:

Zur Haftung des Steuerberaters im Falle einer vom Finanzamt im Rahmen einer Betriebsprüfung ermittelten verdeckten Gewinnausschüttung. Die vom Steuerberater vorgenommene falsche Verbuchung von Kundenschecks führt zu keiner vGA; ursächlich hierfür ist allein die Art der Verwendung dieser Schecks durch den alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer-Gesellschafter.

Leitsatz (d. Red.):

Verstößt der Mandant bei der Kassenführung in grober Weise gegen die einem ordentlichen Kaufmann obliegenden Sorgfaltspflichten – Schecks fehlen in Kassenaufzeichnungen – scheitert ein Regreß an dessen überwiegendem Mitverschulden.

Aus den Gründen:

I.

Die Klägerin betrieb als alleinige Geschäftsführerin und Gesellschafterin unter der Firma A. in W. eine Modeboutique.

Die Beklagte hat die Klägerin bis Anfang 1987 in steuerlichen Angelegenheiten beraten und insbesondere die Buchführung für die Modeboutique erledigt.

Im Rahmen einer vom Finanzamt am 20.6.1990 durchgeführten Betriebsprüfung wurde die von der Klägerin vorgenommene Kassenführung in formaler und materieller Hinsicht beanstandet (keine tägliche Abstimmung der Kassenberichte; nur unvollständige Übernahme der Betriebseinnah-

men gemäß den Quittungsbloßs in die Kassenaufzeichnungen). Des weiteren ist in dem Bericht über die Betriebsprüfung vermerkt, daß ein Großteil der per Scheck erzielten Betriebseinnahmen aus Warenverkäufen nicht erfolgswirksam erfaßt waren. Wegen der Nichterfassung und Falschbuchung von Schecks sah sich das Finanzamt veranlaßt, für das Steuerjahr 1986 eine verdeckte Gewinnausschüttung von 27.317,69 DM anzunehmen. Infolgedessen wurden die Klägerin und die Gesellschaft – letztere hat ihre Ansprüche an die Klägerin abgetreten – im Wege der Nachveranlagung zur Einkommen- und Körperschaftssteuer herangezogen.

Der auf Schadenersatz wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung gerichteten Klage hat das Landgericht in Höhe von 19.040 DM stattgegeben. Gegen diese Entscheidung richtet sich die Berufung der Beklagten, die weiterhin in erster Linie bestreitet, eine ihr der Klägerin oder der Gesellschaft gegenüber bestehende Sorgfaltspflicht verletzt zu haben.

II.

1. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß **die Vermeidung einer versteckten Gewinnabgabe zu den im Rahmen des Auftragsverhältnisses übernommenen Pflichten des steuerlichen Beraters gehört und daß deshalb eine Verletzung dieser Verpflichtung einen Schadenersatzanspruch auslöst.** Aufgabe eines Steuerberaters ist es, eine verdeckte Gewinnausschüttung zu vermeiden (*Jonas, Schadenersatzanspruch einer GmbH gegen steuerliche Berater, GmbHR 1987, 233, 235 unter Hinweis auf BGH NJW 1982, 1516*). Eine verdeckte Gewinnausschüttung i.S.v. § 8 Abs. 3 S. 2 KStG ist bei einer Kapitalgesellschaft eine Vermögensminderung oder verhinderte Vermögensmehrung, die durch das Gesellschaftsverhältnis veranlaßt ist, sich auf die Höhe des Einkommens auswirkt und nicht im Zusammenhang mit einer offenen Ausschüttung steht (*BGH NJW 1993, 1604, 1605 unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs*). Gemessen hieran war das Verhalten der Beklagten für

die im Fall der Klägerin vom Finanzamt angenommene verdeckte Gewinnausschüttung nicht ursächlich.

Die Klägerin wirft der Beklagten vor, bei Vermeidung der Fehler in der Buchführung und bei der gebotenen erfolgswirksamen Erfassung der Scheckeinnahmen hätte sich kein steuerwirksamer Gewinn ergeben, da die Gesellschaft im Prüfungszeitraum ausschließlich Verluste erwirtschaftet habe; ohne die Fehler der Beklagten wären die nachträglich festgesetzten Steuern nicht angefallen. Diese von der Klägerin vorgenommene rechtliche Würdigung ist nicht zutreffend.

Denn die verdeckte Gewinnausschüttung ist im Fall der Klägerin keine Folge etwaiger von der Beklagten zu verantwortender Buchungsfehler, sondern wurde durch die von der Klägerin veranlaßte Art der Verwendung von Kundenschecks ausgelöst. **Auszugehen ist von dem Satz, daß eine verdeckte Gewinnausschüttung nicht Folge eines Zufalls, Versehens oder Buchungsfehlers sein kann. Eine vGA kann nach der Rechtsprechung der Finanzgerichte nur angenommen werden, wenn die Vermögensminderung auf einer Rechts-handlung der Organe der Kapitalgesellschaft beruht.** Eine Vermögensminderung oder verhinderte Vermögensmehrung kann dann nur durch das Gesellschaftsverhältnis veranlaßt sein, wenn sie durch die Handlung eines Organs der Gesellschaft ausgelöst wird (*BFH GmbHR 1990, 233*). Dies ist bei einer GmbH der Fall, wenn deren Geschäftsführer-Gesellschafter im Rahmen seiner Vertretungsmacht für die Gesellschaft handelt. Vereinnahmt der Geschäftsführer-Gesellschafter einer GmbH Gelder aus Warengeschäften, so führt dies zu einer vGA (*Finanzgericht Hamburg, GmbHR 1992, 688*). **Eine vGA an den Alleingesellschafter-Geschäftsführer liegt dagegen nicht vor, wenn der Gewinnanteil der GmbH durch einen Buchungsfehler ohne einen Handlungsbeitrag des Geschäftsführers geschmälert wird** (*FG Düsseldorf, GmbHR 1990, 56*). Die Anwendung dieser Rechtsgrundsätze führt zu der Erkenntnis, daß durch die vom Sachverständigen bestätig-

ten Buchungsfehler der Beklagten keine vGA ausgelöst wurde. Dieses Ergebnis wird bestätigt durch die Forderung, daß die auf der vGA beruhende Vermögensminderung oder verhinderte Vermögensmehrung durch das Gesellschaftsverhältnis veranlaßt sein muß (*Winter, Verdeckte Gewinnausschüttung, GmbHR 1992, 32*). **Eine Vermögensminderung oder eine verhinderte Vermögensmehrung ist mithin keine vGA, wenn sie weder durch die Gesellschafterversammlung noch durch den Geschäftsführer ausgelöst wird** (*Winter a.a.O., S. 34*). Dabei bedarf es hierzu keines formellen Beschlusses des handelnden Organs. Jedenfalls war die der Beklagten vorgeworfene Falschbuchung nicht ursächlich für die Annahme einer verdeckten Gewinnausschüttung.

2. Die Beklagte hat auch nicht in anderer Weise ihre Beratungspflicht verletzt und sich hierdurch der Klägerin gegenüber schadenersatzpflichtig gemacht. Unstreitig hatte die Beklagte die Klägerin wegen der aus der bisherigen Kassenführung ersichtlichen Mängel veranlaßt, ab April 1986 vorgedruckte Formulare für die täglichen Kassenberichte zu verwenden. Die Beklagte hat auch darauf **hingewiesen, daß die Kassenaufzeichnungen von der Klägerin zu führen waren. Wenn die Klägerin sich hieran nicht gehalten hat, so ist dies von der Beklagten nicht zu vertreten.** Dies gilt auch für Fehlbuchungen, die darauf zurückzuführen sind, daß die Klägerin im Nachhinein Scheckzahlungen gegenüber der Beklagten als Unterhaltsleistungen des Ehemannes bezeichnet hat. Im übrigen war der Klägerin bekannt, daß **Kundenschecks in die täglichen Kassenberichte aufzunehmen waren.** Wenn sie dies in großem Umfang und nicht nur in Einzelfällen unterlassen hat, dann hat sie **in grober Weise gegen die einem ordentlichen Kaufmann obliegenden Sorgfaltspflichten verstossen, so daß ein etwaiger Anspruch jedenfalls an dem überwiegenden Verschulden der Klägerin scheitert.**

Steuerberaterhaftung

- Kenntnis der BFH-Rechtsprechung
- Kenntnis der FG-Rechtsprechung

(LG Hamburg, Urt. v. 26. 5. 1993 – 326 O 559/92, rechtskräftig)

Leitsätze (d. Red.):

1. Finanzgerichtsurteile, die in „Entscheidungen der Finanzgerichte (EFG)“ veröffentlicht sind, muß der Steuerberater nicht kennen.

2. Vom Steuerberater wird verlangt, daß er die Veröffentlichungen im Bundessteuerblatt und in der Zeitschrift „Deutsches Steuerrecht“ zur Kenntnis nimmt.

Aus den Gründen:

Die Klägerin hat gegen die Beklagten keinen Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung. Das Gericht kann nicht feststellen, daß die Beklagten der Klägerin gegenüber bestehende Sorgfaltspflichten aus dem Steuerberaterverhältnis schuldhaft verletzt hätten.

Angesichts der substantiierten Darstellung der Beklagten, auf welche Weise die Beklagte zu 1. den Nachversteuerungsbescheid überprüft habe, ist nicht dargetan, daß die Beklagte zu 1. den Bescheid schlechthin ungeprüft habe rechtskräftig werden lassen. Es reicht nach Auffassung der Kammer auch in dem hier maßgebenden Zusammenhang aus, daß ein Steuerberater **an Hand des Gesetzeswortlauts und der Kommentierung von jedenfalls drei Kommentaren zum Umsatzsteuergesetz sowie an Hand der Umsatzsteuer-richtlinien und der maßgebenden Jahrgänge (1988–1990) des Bundessteuerblattes** die einschlägigen Fragen prüft.

Die Kammer kann auch nicht feststellen, daß die Beklagten dadurch ihre Sorgfaltspflichten der Klägerin gegenüber schuldhaft verletzt hätten, daß sie in Unkenntnis der

anhängigen Revisionsverfahren bei dem Bundesfinanzhof nicht vorsorglich Widerspruch gegen den Nachversteuerungsbescheid einlegten. Die Beklagten sind als Steuerberater **nicht verpflichtet, alle einschlägigen steuerrechtlichen Veröffentlichungen aus dem Bereich der Gesetzgebung, der Finanzverwaltung, der Finanzrechtsprechung und der Literatur zur Kenntnis zu nehmen.** Nach Auffassung der Kammer kann von dem Steuerberater im Regelfall nur verlangt werden, die im **Bundessteuerblatt** und die in der Zeitschrift „**Deutsches Steuerrecht**“, dem Organ der Bundessteuerberaterkammer, erfolgenden Veröffentlichungen regelmäßig zur Kenntnis zu nehmen (vgl. *Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung*, 2. Aufl. 1988 S. 92 Rdn. 237; *Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters*, 2. Aufl. 1979, Rdn. 102 ff. S. 68).

Es ist nicht ersichtlich, daß in den genannten Organen bzw. Zeitschriften die Anhängigkeit einer einschlägigen Sache beim Bundesfinanzhof veröffentlicht worden sei. Es kann auch nicht Aufgabe des durchschnittlichen Steuerberaters sein, selbst derartige Grundsatzfragen voranzutreiben. Bei der hier gegebenen Sachlage kann auch nicht festgestellt werden, daß die Beklagten etwa verpflichtet gewesen wären, der Klägerin als sogenannten „sicheren Weg“ die Erhebung des Widerspruchs zu empfehlen. Nach Maßgabe der vorstehenden Grundsätze kann gerade nicht festgestellt werden, daß die Beklagten die Veröffentlichung der bezeichneten Entscheidung des Finanzgerichts Hamburg mit dem Hinweis, daß dagegen Revision beim Bundesfinanzhof eingelegt worden sei, in der Zeitschrift „Entscheidungen der Finanzgerichte“ (hier: EFG 1988, 47) hätten kennen müssen. **Es liegt auf der Hand, daß eine so breitgefächerte Informationspflicht hinsichtlich der Entscheidungen sämtlicher Finanzgerichte – etwa in sämtlichen Bundesländern – über die Entscheidungen des Bundesfinanzhofs hinaus nicht besteht.** Hier handelt es sich zudem nicht um eine Entscheidung des für den Sitz der Klägerin zuständigen Finanzgerichts. Vor diesem

Hintergrund braucht nicht weiter geprüft zu werden, wozu auch die Klägerin keinerlei Anhaltspunkte gegeben hat, daß die Beklagten etwa aus anderen Quellen die genannte Entscheidung des Finanzgerichts Hamburg und den Hinweis auf die dagegen eingelegte Revision hätten kennen können und müssen.

Anwaltshaftung

– Hinweispflichten bei Verjährung
(OLG Köln, Urt. v. 29. 4. 1994 – 19 U 201/93)

Leitsätze:

1. Ist ein Anspruch verjährt, so muß der Rechtsanwalt den Mandanten darauf ausdrücklich hinweisen und klarstellen, daß eine verjährte Forderung nicht durchsetzbar ist.

2. Der Antrag auf Anordnung des selbständigen Beweisverfahrens (§§ 485 ff. ZPO) unterbricht die Verjährung nur für Gewährleistungsansprüche nach Kauf- und Werkvertragsrecht.

Aus den Gründen:

.....

Der Rechtsanwalt ist zu einer allgemeinen, umfassenden und möglichst erschöpfenden Beratung seines Mandanten verpflichtet (BGH NJW 88, 2880 [2881]); er muß ihn insbesondere eindringlich und unzweideutig belehren, wenn die Rechtsverfolgung mit erheblichen Risiken verbunden oder aussichtslos ist, und zwar auch dann, wenn der Mandant rechtsschutzversichert ist (vgl. *Palandt/Heinrichs a.a.O. § 276 Rdn. 44 m.w.N.*). Er muß den Verjährungsbeginn prüfen und für die rechtzeitige Unterbrechung der Verjährung sorgen (BGH VersR 81, 982 = NJW 81, 2741; 92, 447 = NJW 92, 820 = GI 92, 259) und für den Fall, daß die Forderung verjährt ist, hierauf vor Klageerhebung ausdrücklich hinweisen, weil eine verjährte Forderung grundsätzlich nicht durchsetz-

bar ist (BGH VersR 94, 94 [96]). Diesen Hinweis hat der Beklagte unstreitig unterlassen und hierdurch vorwerfbar zusätzlich Kosten verursacht, denn es kann davon ausgegangen werden, daß die Kläger bei einem Hinweis auf die inzwischen eingetretene Verjährung insoweit – unabhängig davon, ob der Beklagte oder sie selbst ihre Ansprüche für gerechtfertigt hielten oder halten durften – von einer Klageerhebung abgesehen hätten, wie auch ihre Rechtsschutzversicherung in diesem Fall keinen Deckungsschutz erteilt hätte.

In dem amtsgerichtlichen Verfahren 2C 305/91 hat der Beklagte Klage nach einem Streitwert von 5.398,76 DM erhoben, in denen die verjährten 3.358,80 DM enthalten waren. Richtigerweise hätte der Beklagte aber nur zu einer Klage nach einem Streitwert von 2.039,96 DM raten dürfen. Hieraus ergeben sich die nachfolgenden Kostenbelastungen, deren Differenz sich als von den Klägern erlittener Schaden darstellt (wird ausgeführt).

Steuerberatungsvertrag

- Steuerzahlung durch Steuerberater?
- Verantwortungsübernahme durch Angestellten?

(OLG Köln, Ur. v. 1.12.1993 – 11 U 78/93)

Leitsatz:

Es gehört grundsätzlich nicht zu den Aufgaben eines Steuerberaters, die für seinen Mandanten errechneten fälligen Steuerzahlungen auch zu vermitteln, etwa durch Weiterleitung von Schecks.

Aus den Gründen:

Es gehört grundsätzlich nicht zu den Aufgaben eines Steuerberaters, die für seinen Mandanten errechneten fälligen Steuerzahlungen auch zu vermitteln, etwa durch die Weiterleitung von Schecks (vgl. Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, Rdnr.

826). **Der Empfang und die Weiterleitung von Geld oder anderen Zahlungsmitteln zur Begleichung von Steuerschulden fällt aus dem allgemeinen Umkreis jenes Aufgabenbereichs heraus, den der Steuerberater normalerweise seinen Mandanten gegenüber wahrzunehmen und in dessen Rahmen er für seine Erfüllungsgehilfen gemäß § 278 BGB einzustehen hat** (s. dazu BGHZ 31, 358, 366).

Derartige Gefälligkeiten können natürlich durch besondere Absprache oder auch stillschweigend durch ständige Übung als außerordentlicher Kundendienst in den Pflichtenkreis des Beraters einbezogen werden. Das geht aber nicht ohne Mitwirkung des Steuerberaters selbst. Die Entscheidung, ob er eine solche zusätzliche Verantwortung übernehmen und vor allem, ob er sein Personal mit derartigen Aufgaben betrauen, also das entsprechende Personalrisiko tragen will (s. BGH, NJW 1965 S. 1709, 1710), kann ihm nicht durch die unautorisierte Erbötigkeit eines Angestellten dem Mandanten gegenüber aus der Hand genommen werden. Wenn der Sohn des Beklagten als sein Angestellter sich zu solchen Gefälligkeiten für den Kläger bereit fand, geschah dies deshalb im Zweifel nicht in Erfüllung der ihm vom Beklagten übertragenen Aufgaben, sondern er handelte insoweit als Bote oder Beauftragter des Klägers.

Nachbesserungskosten

- Nachbesserungsrecht des Steuerberaters

(OLG Frankfurt, Ur. v. 13.10.1993 – 21 U 145/92)

Leitsatz:

Ein Steuerberater, dessen Mandant einen anderen Steuerberater mit der Durchführung von Nachbesserungsarbeiten beauftragt hat, ist zum Ersatz der hieraus resultierenden Kosten nicht verpflichtet, wenn ihm der Mandant nicht zuvor Gelegenheit gegeben hat, selbst nachzubessern.

Zum Sachverhalt:

Im Rahmen einer Außenprüfung wurden von den beteiligten Finanzbeamten Beanstandungen erhoben. Der StPfl. beauftragte daraufhin einen anderen Steuerberater als denjenigen, der ihn bisher betreut hatte, mit der Vornahme der entsprechenden Arbeiten. Die hierfür entstandenen Kosten verlangt er von seinem bisherigen Berater erstattet. Ohne Erfolg.

Aus den Gründen:

Der Senat hält an seiner im Urteil vom 5.12.1984 – 21 U 207/83 –, DStR 1985 S. 449, im Anschluß an OLG Köln (*GI 8/83 = ZIP 1983 S. 706*) geäußerten Auffassung fest, daß auch bei einem Dienstvertragsverhältnis dem Dienstverpflichteten jedenfalls dann ein Nachbesserungsrecht einzuräumen ist, wenn – wie bei Steuerberatern – die geschuldeten Einzelleistungen isoliert betrachtet werkvertraglichen Charakter haben, die Übertragung aller steuerlichen Interessen des Mandanten aber als Dienstvertrag anzusehen ist. Unter Anwendung der Regelungen der §§ 634, 635 BGB muß der Mandant als Dienstberechtigter/Besteller dem Dienstverpflichteten/Unternehmer – hier dem Steuerberater – zunächst eine angemessene Frist zur Beseitigung der von dem Finanzamt gerügten Mängel setzen. Es ist dann Sache des Dienstverpflichteten, entweder die Steuererklärungen oder sonstigen Unterlagen entsprechend zu ändern oder den Mandanten vor dem Finanzamt bzw. dem Finanzgericht mit dem Ziel einer Änderung oder Berichtigung der fraglichen Bescheide zu vertreten (*Späth, Anmerkung zum Urteil des Senats, DStR 1985 S. 450, 451*).

Die Setzung einer entsprechenden Frist war auch im vorliegenden Fall nicht entbehrlich. Daß sich der Beklagte ernsthaft und endgültig geweigert hätte, die erforderlichen Arbeiten vorzunehmen, ist nicht schlüssig dargetan. Dagegen spricht schon der Wortlaut des Schreibens des Beklagten vom 8.12.1989. Es ist auch nicht schlüssig dargetan, daß der Beklagte zur sachgerechten Lösung der aufgetretenen Probleme nicht in

der Lage gewesen wäre. Auch wenn der Beklagte anläßlich der Außenprüfung geäußert haben sollte, daß unterm Strich alles beim alten bleibe, besagt dies nicht, daß er mögliche Fehler nicht ordnungsgemäß beseitigt hätte. Es mag sein, daß die Klägerin Zweifel an der Qualifikation hegt, doch hat sie dies nicht im einzelnen in einer nachvollziehbaren Weise dargetan; zu einem schlüssigen Vortrag reicht auch nicht die Bezugnahme auf eine entsprechende Bestätigung des nachfolgenden Steuerberaterbüros.

Das Kündigungsrecht der §§ 626, 627 BGB wird durch die Einräumung des Nachbesserungsrechts nicht berührt. Es bleibt dem Dienstberechtigten unbenommen, den Dienstvertrag aus wichtigem Grund nach § 626 BGB oder ohne einen solchen wegen Vertrauensverlustes nach § 627 BGB für die Zukunft aufzulösen. Damit entfällt für den Dienstberechtigten die Pflicht zur Zahlung der künftigen Vergütung. Inwieweit dem Dienstverpflichteten für die bisherigen Arbeiten Vergütungen zustehen, richtet sich nach § 628 Abs. 1 BGB. Ob und in welcher Höhe der einen oder der anderen Partei durch die Auflösung des Dienstvertrages ein ersatzfähiger Schaden entsteht, regelt § 628 Abs. 2 BGB. Alle diese Regelungen besagen nichts zu der Frage, unter welchen Voraussetzungen der Dienstberechtigte Aufwendungen zur Beseitigung von Mängeln vom Dienstverpflichteten ersetzt verlangen kann; durch ihre Beantwortung im Sinne eines Nachbesserungsrechts werden sie deshalb nicht berührt.

Da schon mangels Einräumung der Gelegenheit zur Nachbesserung ein Anspruch auf Schadenersatz gegen den Beklagten nicht in Betracht kommt, kann dahingestellt bleiben, ob die Beanstandungen des Finanzamtes zu Recht erhoben worden sind und ob sie auf einer falschen Beratung des Beklagten oder Weisungen der Gesellschafterin der Klägerin beruhen.

GI Hinweise

Pfalzgraf/Meyer befassen sich in DStR 1994, 1329, mit der Einbringung einer Einzelpraxis in eine Sozietät. Sie zeigen auf, unter welchen individuellen Voraussetzungen die Gestaltungsvarianten in Form des Buchwert-, Aufstockungs-, Kombinations- und Zuzahlungsmodells gewählt werden sollten. Darüberhinaus gehen sie auf die Auswirkungen der Neuregelung des § 16 Abs. 2 Satz 2 EStG auf die Berechnung des Veräußerungsfreibetrags nach § 16 Abs. 4 EStG ein.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1, 1995)

Buchführungsauftrag

- Mandantenpflichten
- = fehlerhaftes Kassenbuch 95, 13

Fristenkontrolle

- Fristenkontrollbuch
- = Telefax 95, 2
- Telefax
- = Empfang, Ausdruck 95, 2
- = Fristlöschung 95, 2

Honoraranspruch des StB

- Auslagenpauschale, § 16 StBGebV
- = verschiedene Angelegenheiten 95, 12
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
- = Bestimmungsrecht, Auslagenpauschale 95, 13
- = Bestimmungsrecht, Festlegung 95, 13
- Kassenbuch 95, 11
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
- = unwirksame Vereinbarung 95, 11
- Zeithonorar
- = Angaben, § 13 StBGebV 95, 12
- = Führung des Kassenbuchs 95, 11
- = Sonderarbeiten, § 33 Abs. 7 StBGebV 95, 11

Kassenbuch

- Scheckverwendung 95, 13
- Vergütung, Zeitgebühr? 95, 11

Kausalität

- Fehler des zweiten RA/Mitverschulden 95, 3
- Unterbrechung der - 95, 3

Kenntnis d. Steuerrechts

- Zeitschriften
- = BStBl 95, 15
- = DStR 95, 15
- = EFG 95, 15

Mitarbeiter d. StB, WP, RA

- Scheckweiterleitung durch - 95, 17

Mitverschulden

- fehlerhaftes Kassenbuch 95, 13
- Zurechnung d. Verschuldens d. zweiten RA 95, 3

Nachbesserung

- Recht d. StB 95, 17
- nach Wechsel d. StB 95, 17

Nichtzulassungsbeschwerde

- durch Steuerberatungs-GmbH 95, 2

Praxiswert

- Nutzungsdauer 95, 2
- Übertragung des - 95, 2

Prozeßkostenhilfe

- Unterschrift 95, 2

Rechtsanwalt

- Beratungspflichten
- = Verjährungsprüfung 95, 16

Steuerberatungsvertrag

- Nachbesserungsrecht 95, 17

Steuerzahlung

- durch Steuerberater? 95, 17

Telefax

- Ausdruck im Empfangsgerät 95, 2
- Fristlöschung 95, 2

Treuhänder

- Verjährung von Regreßansprüchen 95, 10

Unterschrift

- PKH-Antrag 95, 2

verdeckte Gewinnausschüttung

- Fehlbuchungen, Scheckverwendung 95, 13

Verjährung (§ 51 BRAO)

- Verjährungsbeginn
- = Fristablauf 95, 3

Verjährung (§ 68 StBerG, § 51a WPO)

- Bautreuhänder 95, 10
- Verjährungsbeginn
- = Fristablauf 95, 3

BGH v. 2.3.1994 - VIII ZR 14/93 95, 10

= NJW 1994, 1864

= WM 1994, 1076

= VersR 1994, 949

BGH v. 29.4.1994 - VZR 62/93 95, 2

= NJW 1994, 1879

BGH v. 4.5.1994 - XII ZB 21/94 95, 2

= NJW 1994, 2097

BGH v. 14.7.1994 - IX ZR 204/93 95, 3

= NJW 1994, 2882

= WM 1994, 2162

= BB 1994, 1961

= DStR 1994, 1748

OLG Düsseldorf v. 2.12.1993 - 13 U 25/93 95, 13

OLG Düsseldorf v. 20.1.1994 - 13 U 102/93 95, 11

OLG Frankfurt v. 13.10.1993 - 21 U 145/92 95, 17

OLG Köln v. 1.12.1993 - 11 U 78/93 95, 17

OLG Köln v. 29.4.1994 - 19 U 201/93 95, 16

LG Hamburg v. 26.5.1993 - 326 O 559/92 95, 15

BFH v. 11.2.1994 - VIII B 83/93 95, 2

= LEXinform-Dokumentnr. 0119218

BFH v. 30.3.1994 - I R 52/93 95, 2

= LEXinform-Dokumentnr. 0109695